

AKTUELL:
EXTRABLATT
Aus Verantwortung
für unsere Stadt!



FREIE BÜRGER FÜR BADEN-BADEN

**Und die GESAMTSCHULDEN
Baden-Badens steigen weiter:
In 2015 auf ca. 106 Millionen Euro!**

In den vergangenen Wochen beschäftigten sich die Stadträte mit dem **Haushalt 2015**: Öffentlich bekannt wurde, dass die Verschuldung im Stadthaushalt leicht zurückgegangen sei, es war sogar von einem „**hohen Überschuss**“ aus dem **Haushalt 2014** die Rede. **Trotzdem müssen 2015 rund 13,9 Mio. € aus den Rücklagen herausgenommen werden. Und Frau Mergen hat einen Konsolidierungsausschuss beschlossen, um Sparmaßnahmen zu prüfen. Wie passt das zusammen?**

Tatsache ist: Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn tatsächlich steigen die Schulden der Stadt Baden-Baden vor allem durch ihre Eigenbetriebe dramatisch. Selbst die Oberbürgermeisterin Margret Mergen prognostiziert, dass in wenigen Jahren die Liquidität der Stadt nicht mehr besteht. In den vergangenen 8 Jahren hat die Verschuldung um gut ein Drittel zugenommen und nicht, wie den Bürgern immer wieder erzählt wird, abgenommen!



*Stadtrat Martin Ernst mit Haushaltssatzung und Haushaltsplan.
1022 Seiten voller Zahlen, die jedes Mitglied des Gemeinderats prüfen, durcharbeiten und verstehen muss, um wirklich verantwortungsvoll entscheiden zu können.*

Unabhängig. Transparent. Bürgernah.

Die Fakten

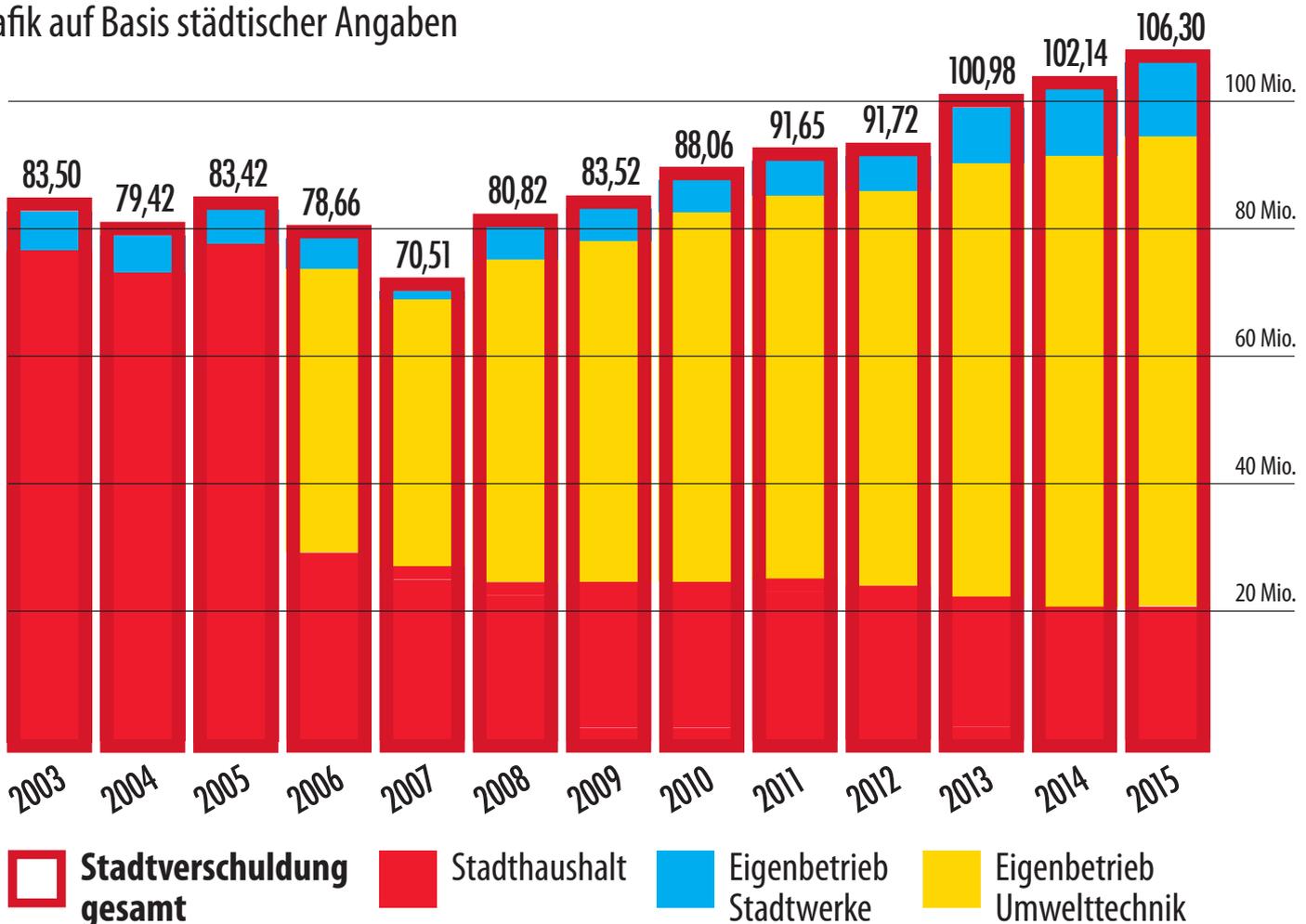
Im Jahre 2005 hatte die Stadt Baden-Baden Gesamtschulden in Höhe von 83,42 Mio. €. Davon entfielen 78,07 Mio. auf den Stadthaushalt und 5,35 Mio. auf die Stadtwerke. Im Jahre 2006 beliefen sich die Schulden der Stadtwerke auf 4,98 Mio., die des Stadthaushaltes auf 29,33 Mio. **Auf den ersten Blick ein Wunder – eine Reduktion der Schulden um über die Hälfte?** Leider nein. **Tatsächlich hatten sich die Schulden der Stadt auf 78,66 Mio. reduziert - aber neben Stadtwerken und Stadt war ein dritter Schuldner dazugekommen: Der Eigenbetrieb Umwelttechnik wird ab 2006 im Haushalt der Stadt gesondert geführt.**

Dieser neue Schuldner übernimmt seither den Löwenanteil der Schulden: Waren es 2006 noch 44,38 Mio. €, sind es 2015 voraussichtlich 73,9 Mio. €.

Die Gesamtschulden der Stadt steigen 2015 voraussichtlich auf 106,3 Mio. €, davon entfallen auf Eigenbetrieb Umwelttechnik 73,9 Mio. €, Stadthaushalt 20,9 Mio. €, Eigenbetrieb Stadtwerke 11,5 Mio. €. In acht Jahren sind die Schulden der Stadt damit um 27,64 Mio. € (oder rund ein Drittel) gestiegen. **Und das, obwohl die Stadt 2014 im Jahresvergleich zu 2006 gut 28 Mio. € an Mehreinnahmen durch Steuern hatte.**

Entwicklung der städtischen Gesamtverschuldung in Millionen Euro*

*Grafik auf Basis städtischer Angaben



Fatal:

Während im Stadthaushalt die Schulden zurückgehen, nehmen die Schulden beim Eigenbetrieb Umweltechnik und bei den Stadtwerken ständig zu. Von einer Rückzahlung dieser Schulden kann somit auf lange Sicht keine Rede sein. Für diese Schulden haftet die Stadt, haften die Bürger. Für diese Schulden zahlen die Stadt, zahlen die Bürger noch über Jahrzehnte laufende Kredite mit hohen Zinssätzen ab.

Was bedeutet das:

Es gibt viel zu tun, damit unsere Stadt attraktiv und lebenswert für Einheimische und Gäste bleibt. Straßen und Plätze müssen saniert werden, Schulen und Kindergärten brauchen ständige Zuwendung, kulturelle Angebote wie Theater und Stadtbibliothek sollen erhalten und bezahlbar bleiben, das Thermalwasser wieder sprudeln ... es gibt viel zu tun, um Erreichtes zu erhalten und zu pflegen. Doch nicht nur Erhalten sollte Aufgabe des Stadtrates sein: Gestalten ist eine ebenso wichtige Aufgabe. Dies ist bei der aktuellen Haushaltslage unmöglich.

Die Schulden müssen runter – aber wie?

Für 2015 und die kommenden Jahre sind sinkende Einnahmen aus Steuern prognostiziert. Mit einer rückwirkenden Erhöhung der Niederschlagswassergebühr wird man das nicht regeln können, die Belastung der Bürger mit zusätzlichen Abgaben ist sicher am Ende angekommen. Privatisierungen von stadteigenen Betrieben schienen eine Zeitlang die Lösung, inzwischen hat bundesweit eine Kehrtwende eingesetzt.

Daher bleibt nur Sparen. Es ist dabei nicht mit dem Streichen von ein paar Zehntausend Euro hier und ein paar Zehntausend Euro da getan.

Der Verwaltungsapparat unserer Stadt mit Eigenbetrieben ist mit mittlerweile über 1300 Mitarbeitern zu groß. Und jedes Jahr werden neue Stellen in der Verwaltung geschaffen, 2014 waren es ca. 30, im Jahr 2015 kommen weitere 22 hinzu. Es handelt sich dabei um neue Stellen, nicht um die Neubesetzung von freigewordenen Stellen. In einem Unternehmen, das keine Erträge abwirft, ist so etwas undenkbar.

Auch öffentlich-rechtliche Arbeitgeber wie z.B. der SWR bauen Stellen ab – ohne dabei weniger Aufgaben zu übernehmen.

Die Stadtverwaltung sollte eigentlich dazu dienen, die Bürger und ihr Leben zu unterstützen. Statt dessen ist ein Moloch entstanden, der mehr und mehr das Leben der Bürger reglementiert. Und dieser Apparat wächst stetig. Hier muss der Rotstift angesetzt werden. Da dies von innen heraus schwerlich gelingen wird, schlagen wir vor, eine unabhängige Unternehmensberatung zu beauftragen, die Verwaltung der Stadt unter die Lupe zu nehmen. Ziel sollte sein, den Verwaltungsapparat nachhaltig zu straffen. Damit Baden-Baden schuldenfrei wird. Damit wir Stadträte wieder gestalten können. Für ein Baden-Baden der Bürger.

FBB Freie Bürger für Baden-Baden e.V.

gez. Tilman Schachtschneider, Stadtrat

gez. Heinrich Liesen, Stadtrat

gez. Martin Ernst, Stadtrat

gez. Marianne Raven, Stadträtin

**FBB-direkt
für Fragen und
Anregungen:**

07221 935777

info@fbb-baden-baden.de
www.fbb-baden-baden.de

SWR-Areal und Bebauung

Offener Brief von Stadtrat Martin Ernst an Bürgermeister Hirth und die Mitglieder des Stadtrats Baden-Baden

Sehr verehrter Herr Hirth, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle haben uns beim Amtsantritt verpflichtet, bei all unseren Entscheidungen allein das Wohl der Stadt und insbesondere das ihrer Bürger im Auge zu haben.

In diesem Sinne wende ich mich an Sie mit der dringenden Bitte, den Verkauf eines Teils des SWR-Geländes und den geplanten Neubau des SWR-Medienzentrums allein unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und zu bewerten. Der SWR braucht den Neubau und eine Neustrukturierung zur Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze. Dies ist sicherlich im Interesse der Stadt.

Der Verkauf des SWR-Areals mit einem geforderten Mindestangebot von 18 Mio € allerdings bringt den Bürgern der Stadt nichts, denn es wird sich kaum ein Baden-Badener hier Eigentum leisten können.

Wenn wir diesen Vorgang so laufen lassen, versagen wir alle: Der SWR als Anstalt des öffentlichen Rechts, die Stadt Baden-Baden als Planungsbehörde und wir Stadträte als gewählte Vertreter der Baden-Badener Bürger.

Die Planung der Stadtentwicklung ist eine der zentralen Aufgaben des Stadtrates, unserer Bürgermeister, und letztlich unserer Oberbürgermeisterin. **Doch statt hier aktiv tätig zu sein, wird die Stadtplanung immer wieder in die Hände von Investoren gegeben.** So auch im Fall des SWR-Geländes.

Bei einem Areal dieser Größenordnung müsste die Bauleitplanung in den Händen der Stadt liegen. Vor Veräußerung und Planung müsste die Stadt klar formulieren, was sie sich für die Stadtentwicklung, für die Bürger wünscht. Und an dieser Stelle könnte sie dann auch tatsächlich das einbringen, was bei den letzten Wahlen immer wieder beschworen wurde: Bürgernähe. Denn aktuell findet wieder einmal eine für die Bürger Baden-Badens wichtige Entscheidung nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Geplant ist ein Neubau des SWR, der aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine Herausforderung für Planer darstellt, soll doch hier kein Fremdkörper für das Stadtbild entstehen. **Geplant ist Wohnbebauung auf dem Areal zwischen SWR und Hotel Tannenhof durch einen Investor. Der SWR möchte einen Erlös von**

mindestens 18 Mio. € für das Bauland. Hinzu kommen Kaufnebenkosten und Kosten für Abriss vorhandener Gebäude sowie Erschließung, was voraussichtlich bis zu weiteren 5 Mio. € kosten wird. **Daraus resultiert: Ein Bauträger wird einen Quadratmeterpreis um ca. 8.000 € verlangen werden: Eine Wohnung mit 100 qm kostet dann um 800.000 €.** Dies ist für junge Familien und weit über 90% der Baden-Badener Bürger nicht bezahlbar. Aber ist es überhaupt bezahlbar? Ist ein so großes Areal mit so hochpreisigen Immobilien überhaupt vermarktbar? Auch diese Frage wurde und wird nicht geprüft und es bestehen berechtigte Zweifel an einer erfolgreichen Vermarktung. Doch die Planung geht nur in diese Richtung. **Und bringt es mit sich, dass ein Investor über das entscheidet, was da oben entsteht.**

Wie könnte eine Alternative aussehen?

Wir sind uns alle einig, dass die in der ganzen Welt geschätzte Bausubstanz unserer Stadt in der Hauptsache zwischen 1870 und 1914 entstanden ist. Vollkommen zu Recht nannte man die damaligen Architekten „Baumeister“.

Nur sehr selten haben Architekten heutzutage die Möglichkeit, **ein ganzes Stadtviertel zu planen wie noch vor nicht ganz 100 Jahren Mies van der Rohe die Weißenhofsiedlung in Stuttgart, Tessenow, Muthesius und andere den Dresdener Stadtteil Hellerau oder auch Paul Schmitthenner den Baden-Badener Ooswinkel.** Eine solche Planung ist im Leben eines Architekten eine der schönsten Aufgaben, es ist quasi seine Berufung.

Ein neues Stadtviertel in einer Stadt wie Baden-Baden zu planen wird sicherlich Architekten von Weltruhm interessieren. Die Stadt sollte 4 von ihnen ansprechen und **dazu die Baden-Badener Architektenkammer** und allen für einen Wettbewerb die identische Planungsaufgabe geben: **„Entwerfen Sie städtisches Leben für Bürger dieser Stadt mit Gel-**

tung für die nächsten Jahrzehnte“. Es handelt sich um ein Areal in Nordlage, in Halbhöhenlage, zu der es in der Agenda 2020 eine klare Aussage gibt.

Es wird um ein neues Stadtviertel mit Mischbebauung gehen:

Wohnen und Arbeiten im Dienstleistungssektor. Der geplante Neubau des SWR müsste selbstverständlich Teil dieser Planung sein, damit ein gestalterisches Gesamtkonzept im Interesse aller – SWR, Stadt Baden-Baden und Bürger – entsteht.

Es ist sicher nicht unrealistisch, dass wir auf diese Weise noch in diesem Jahr 5 Vorschläge bekommen und dann die Zukunft der Stadt Baden-Baden tatsächlich mitgestalten können.

Nach Entscheidung für einen Siegerentwurf liegt es an der Stadtplanung und an uns, **wie wir dafür Sorge tragen, dass sich vor allem Einheimische und junge Familien den Kauf auf diesem Areal leisten können. Für diese Käufergruppe sollte 90% des gesamten Angebots an Wohnbebauung reserviert werden und auch finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Normalverdiener hier zum Zug kommen lässt.** Der SWR bekam das gesamte Areal einmal für einen äußerst günstigen Kaufpreis.

Dies alles ist keine Utopie, sondern realistisch umsetzbar.

Sehr geehrter Herr Hirth, ich bitte Sie sehr, mit allen beteiligten Gremien und im Rat **den gesamten Themenkomplex SWR-Bebauung im Interesse der Bürger unserer Stadt zu überdenken.** Der SWR, die Stadt und die Bürger haben es verdient.

gez. Martin Ernst, Stadtrat
FBB-Büro, Lichtentaler Straße 41, 76530 Baden-Baden

Die FBB steht mit Ihrer Auffassung nicht alleine:

Brief des Bürgermeisters a.D. Kurt Liebenstein SPD an den Intendanten des SWR zur Bebauung des SWR-Areals

Sehr geehrter Herr Indendant Boudgust,

als langjähriger Bürgermeister, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender unserer Stadt erlaube ich mir, mich heute an Sie zu wenden.

In den vergangenen Jahrzehnten, ich war seit 1975 Mitglied des Stadtrates, haben Gemeinderat und Verwaltung die Wünsche des SWR bei baulichen Erweiterungen immer positiv begleitet und sind an die Grenzen des Möglichen, manchmal auch darüber hinaus, gegangen, denn das Gelände des SWR liegt in exponierter Halbhöhenlage. Der Gedanke, jetzt im Zentralbereich des SWR eine Verdichtung mit einem Hochhaus bis zu 60 m Höhe vorzunehmen, verstößt gegen alle Vorstellungen des Stadtentwicklungsplanes von 1974 und seinen Fortschreibungen bis hin zu Baden-Baden 2020. Danach ist die Erhaltung der baulichen und landschaftlichen Struktur der Halbhöhenlagen mit den Villen und der Durchgrünung ein entscheidendes Merkmal unseres Stadtbildes. Von vielen Besuchern unserer Stadt aus dem In- und Ausland wird dies immer wieder so empfunden und beschrieben. Ich fände es deshalb unverständlich, wenn gerade eine öffentlich-rechtliche Einrichtung wie der SWR das Stadtbild nachhaltig und irreparabel schädigen würde. Selbst in Stuttgart ist nach meiner Kenntnis auf Halbhöhenlage so etwas nicht möglich. Und das Beispiel Monaco/Monte Carlo ist ja abschreckend genug. Der SWR benötigt wahrlich keine baulichen „erlebbar Markenzeichen“ (Ausschreibungstext) sondern Markenzeichen im Programm.

Sehr geehrter Herr Intendant, angesichts der dem SWR gehörigen Flächen kann das geplante Bauprogramm leicht in der vorhandenen Fläche untergebracht werden. Selbst Reserveflächen für künftige Entwicklungen ließen sich, was jetzt nicht der Fall ist, auweisen. Mit der Aufspaltung in zwei „vorhabenbezogene Bebauungspläne“ hat man in der Reihenfolge und Ausweisung ein verkürztes und falsches Verfahren gewählt, das nicht im Interesse der Zukunft der Stadt Baden-Baden ist. Es ist dazu bestimmt, das in der Ausschreibung gewünschte Ergebnis des baulich „erlebbar Markenzeichens“ und einer (zu) hohen Verdichtung vorwegzunehmen. Am Ende wird es wie so oft heißen, das Ganze sei „alternativlos“.

Ich hoffe, der SWR sieht seine Verpflichtung als öffentlich-rechtliche Anstalt, das kostbare Stadtbild Baden-Badens und damit sein Kapital zu bewahren. Es würde mich freuen, Herr Boudgust, wenn Sie sich in diesem Sinne in die Diskussion einbringen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
gez. Kurt Liebenstein

Nachrichtlich an Frau Oberbürgermeisterin Mergen
und die Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen

